

INFORMATIONEN

zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-
GmbH, Frankfurt/Main

Nr. 2/1980 – Juni

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Obwohl sich in den vergangenen Monaten die Anzeichen vermehrt haben, die auf eine bevorstehende konjunkturelle „Abkühlung“ in der Bundesrepublik hindeuten, lassen die Produktions- und Auftragsziffern eine akute Abschwächung der vergleichsweise günstigen wirtschaftlichen Situation bis jetzt noch nicht erkennen. Der Höhepunkt der Konjunktur ist überschritten, Aufträge und Industrieproduktion stagnieren aber auf einem hohen Niveau.

Die Auslastung der industriellen Kapazitäten nimmt nicht weiter zu, der „Normalzustand“ der sechziger Jahre wurde aber immer noch nicht ganz erreicht.

Während die private Nachfrage nur noch verhalten expandiert, stellt insbesondere die private Investitionstätigkeit eine Stütze der Konjunktur dar. Erst wenn die Auslastung der Kapazitäten deutlich sinkt, ist auch hier mit einem Einbruch zu rechnen. Eine solche Entwicklung ist allerdings bis jetzt noch nicht zu erkennen.

Die Tarifrunde 1980 ist in den letzten Wochen mit einigen allerdings wichtigen Ausnahmen zu Ende gegangen. Die vereinbarten Tariferhöhungen liegen zwischen 6,5 und 7 Prozent. Zwar werden die entsprechenden Erhöhungen voraussichtlich ausreichen, um im Durchschnitt einen Rückgang der realen Arbeitsverdienste je Beschäftigten zu verhindern. Von einer Beteiligung am Produktivitätszuwachs kann dagegen keine Rede sein. Bei durchschnittlichen Preiserhöhungen um 5,5 Prozent im Jahre 1980 – so lauten inzwischen die offiziellen Prognosen – werden die Nettolöhne und -gehälter etwa im gleichen Ausmaß wachsen. Unsicherheitsfaktoren stellen dabei die Preise und die Beschäftigung dar. Denn da die Inflationsrate gegenwärtig bei über 6 Prozent liegt, ist eine ungünstigere Variante bei den Preisen nicht auszuschließen. Ein Rückgang der realen Arbeitsverdienste ist aber auch dann zu befürchten, wenn im Zuge einer konjunkturellen Verlangsamung die bezahlte Arbeitszeit durch Überstundenabbau und zunehmende Kurzarbeit sinkt.

Neben der Investitionstätigkeit stellt auch der Export bis jetzt noch einen stabilen Fak-

tor der Konjunktur dar. Die Wirtschaftspolitik bemüht sich, auch auf Kosten der Inlandskonjunktur den internationalen Konkurrenzvorsprung zu halten.

Allerdings ist die Situation der kapitalistischen Weltwirtschaft in den letzten Monaten immer ungünstiger geworden, so daß eine ungebrochene Expansion des Welthandels nicht mehr zu erwarten ist. Vor allem die Entwicklung in den USA, immer noch der größte Importeur der Welt, hat sich wesentlich verschlechtert. Dort ist in den letzten Monaten die langerwartete Krise in voller Stärke ausgebrochen. Die Arbeitslosenzahlen schnellen hoch, die Produktion geht von Monat zu Monat zurück. Gleichzeitig ist die Inflation unverändert hoch, eine baldige Rückbildung der Preissteigerungsraten ist nicht zu erwarten. Die amerikanische Wirtschaftspolitik orientiert sich aber weiterhin am Ziel einer starken internationalen Position, ist also bereit, Arbeitsplätze einem stabilen Dollar zu opfern.

In Westeuropa und Japan sind so massive Krisenzeichen noch nicht in Sicht. Lediglich Großbritannien steht am Beginn einer regelrechten Krise, bei den übrigen bedeutenden kapitalistischen Industriestaaten ist bisher erst eine leichte konjunkturelle Abschwächung sichtbar. Vertieft sich die Krise in den USA jedoch weiter, dann kann ein Übergreifen auf Westeuropa und Japan nicht ausgeschlossen werden.

Die relativ günstige Konjunktursituation in der Bundesrepublik hat bisher zusammen mit positiven saisonalen Faktoren die Tatsache verdeckt, daß es am Arbeitsmarkt schon vor Monaten zu einer „Wende“ gekommen ist. Seit dem Jahreswechsel 1979/80 nehmen in saisonbereinigter Betrachtung die registrierten Arbeitslosenzahlen wieder zu. Jüngste Prognosen rechnen mit einer Zunahme der Ziffern bis auf 1,7 Millionen Arbeitslose im Jahre 1985.

Trotzdem ist die staatliche Wirtschaftspolitik noch immer auf Restriktionskurs. Bei einer Umstrukturierung des Staatshaushalts zugunsten der Rüstungsausgaben und ausländischer „Militärhilfen“ sollen die Gesamtausgaben – vor allem im sozialen Bereich – real nicht mehr expandieren. Die

Bundesbank hat zuletzt Anfang Mai den Diskontsatz nochmals hinaufgeschraubt, um einen Zinsrückgang zu verhindern. Ziel dieser Wirtschaftspolitik ist die Stabilisierung der DM und damit der westdeutschen Position im internationalen Kräftefeld. Die Gefahr wächst, daß diese Wirtschaftspolitik ähnlich wie in den USA den Weg in die Krise beschleunigt.

INHALT:

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Produktion
- 1.2 Geld- und Kapitalmarkt
- 1.3 Investitionen
- 1.4 Die Krise in den USA
- 1.5 Außenwirtschaft

2 Unternehmergevinne

3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Löhne und Gehälter
- 3.2 Steuern
- 3.3 Preise
- 3.4 Kämpfe der Arbeiterklasse
- 3.5 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

1.1 Produktion

Die industrielle Produktion lag auch in den letzten Monaten wieder deutlich über dem vergleichbaren Vorjahresstand. Dies hängt zu einem gewissen Teil mit dem durch den harten Winter 1979/80 gedrückten Produktionsergebnis Anfang 1979 zusammen. In saisonbereinigter Betrachtung hat sich das Produktionsniveau in den letzten Monaten nicht weiter erhöht, bei Schwankungen von Monat zu Monat.

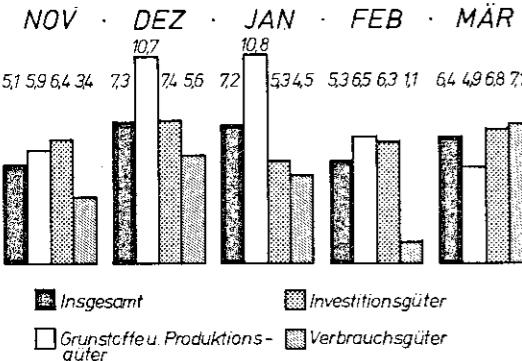
Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes¹

| | Nov. | Dez. | Jan. | Febr. | März |
|----------------------------------|------|-------|-------|-------|------|
| Insgesamt | +5,1 | +7,3 | +7,2 | +6,6 | +6,4 |
| Grundstoffe und Produktionsgüter | +5,9 | +10,7 | +10,8 | +7,0 | +4,9 |
| Investitionsgüter | +6,4 | +7,4 | +5,3 | +7,2 | +6,8 |
| Verbrauchsgüter | +3,4 | +5,6 | +4,5 | +5,3 | +7,1 |

1 1977/78 in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 5/80, S. 65*)

Nettoindustrieproduktion 1979/80

Veränderung in % gegenüber Vorjahr



Die großen Industriebranchen können allgemein immer noch eine vergleichsweise günstige Geschäftslage verzeichnen, obwohl die Erwartungen für den weiteren Verlauf des Jahres 1980 sich deutlich verschlechtert haben. Bei Unterschieden zwischen den einzelnen Bereichen hat aber bisher noch kein Industriezweig einen ausgesprochenen Kriseneinbruch zu verzeichnen.

In der **eisenschaffenden Industrie** scheint der Aufschwung des Jahres 1979 schon wieder beendet zu sein: Zum Jahreswechsel war die Produktion leicht rückläufig, wenn auch die Jahresvergleichszahlen wegen des streikbedingten Produktionsausfalls im Dezember/Januar 1979/80 einen hohen Zuwachs vortäuschen. Für das ganze Jahr 1980 wird gegenüber 1979 aber kein Zuwachs mehr erwartet. Die Produktion dürfte zwischen 46 und 47 Millionen Tonnen Rohstahl stagnieren.

Die **chemische Industrie** kann gegenwärtig noch auf einen günstigen Geschäftsverlauf zurückblicken, die Produktion steigt weiter an. Allerdings wird von den Chemievertretern für 1980 im weiteren Jahresverlauf kaum noch ein Produktionszuwachs erwartet, es wird mit einem realen Plus von nur noch ein bis zwei Prozent gerechnet. Kräftige Preisanhebungen sorgen aber für weiterhin steigende Gewinne.

Der **Maschinenbau** hatte 1979 erstmals seit der Krise 1974/75 wieder kräftig expandiert. Diese Entwicklung hat sich bis jetzt fortgesetzt. Dabei wird für 1980 zwar eine Abschwächung der Produktionszunahme auf etwa drei Prozent erwartet, trotzdem werden die Aussichten aber insgesamt als günstig beurteilt. Dabei hofft man vor allem auf ein Andauern der relativ stabilen Investitionskonjunktur im Inland.

Erste Anzeichen eines krisenhaften Einbruchs lässt der **Straßenfahrzeugbau** erkennen. Die Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen waren im ersten Quartal 1980 um fast sieben Prozent niedriger als im Vorjahr. Auch die Produktion geht zurück, im März 1980 lag sie um 6 Prozent unter dem vergleichbaren Vorjahresstand. Für 1980 wird ein Produktionsrückgang um sieben bis acht Prozent erwartet.

Auf einem Expansionspfad befindet sich noch die **Elektroindustrie**. Dabei ergibt sich eine deutliche Zweiteilung zwischen Investitions- und Gebrauchsgütern. Die insgesamt positive Tendenz beruht allein auf dem Investitionsgütersektor, während vor allem die Unterhaltungselektronik eher rückläufig ist. Für 1980 wird gegenwärtig immerhin ein reales Produktionsplus von vier bis fünf Prozent erwartet, nach 3,5 Prozent 1979.

Die **Textilindustrie** leidet ebenso wie das **Bekleidungsgewerbe** unter der nur verhaltenen Ausweitung der privaten Nachfrage. Daher wird für das laufende Jahr nicht mit einer Fortsetzung der Produktionsausweitung von 1979 gerechnet, die einen Zuwachs von etwa vier Prozent brachte.

Immer noch ein hohes Produktionsniveau hat das **Baugewerbe** zu verzeichnen. Für 1980 wird immerhin noch ein Produktionszuwachs um rund vier Prozent erwartet. Die Entwicklung der Aufträge vor allem im Wohnungsbau und im öffentlichen Bau zeigt aber deutlich, daß im zweiten Halbjahr 1980 eine Abschwächung der Bautätigkeit zu erwarten ist. Für 1981 wird teilweise ein tiefer Einbruch der Bauproduktion erwartet.

Nettoproduktion in ausgewählten Industriezweigen¹

| | Nov. | Dez. | Jan. | Febr. | März |
|----------------------------------|--------|--------|--------|--------|--------|
| Produzierendes Gewerbe insgesamt | + 5,1 | + 7,3 | + 7,2 | + 5,3 | + 6,4 |
| Eisenschaffende Industrie | + 7,7 | + 53,0 | + 16,4 | - 1,1 | - |
| Chemische Industrie | + 3,1 | + 2,9 | + 5,5 | + 4,2 | - |
| Maschinenbau | + 8,1 | + 9,9 | + 9,9 | + 10,9 | + 5,6 |
| Straßenfahrzeugbau | + 7,9 | + 3,3 | + 1,7 | - 0,6 | - 2,2 |
| Elektrotechnik | + 4,3 | + 5,9 | + 1,3 | + 5,6 | + 14,3 |
| EDV-Geräte | + 10,0 | + 12,2 | - 0,7 | + 17,5 | - |
| Textilgewerbe | + 4,0 | + 6,4 | + 7,4 | + 7,0 | + 7,7 |
| Bekleidungsgewerbe | - 7,4 | - 1,4 | - 2,9 | - 3,1 | - |
| Bauhauptgewerbe | + 4,8 | + 16,5 | + 29,5 | + 23,3 | + 11,6 |

1 In % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht 4/80)

Ähnlich wie die Produktion verharren auch die Auftragseingänge auf einem hohen, in der saisonbereinigten Tendenz allerdings nicht mehr zunehmenden Niveau. Von Monat zu Monat ergeben sich jeweils erhebliche Veränderungen, besonders bei den Auslandsaufträgen: Dies darf nicht überbewertet werden, da die Auftragsstatistik von vielen Unzulänglichkeiten gekennzeichnet ist.

Immerhin ging die Reichweite der Auftragsbestände in der Industrie zwischen Dezember 1979 und März 1980 von 3,5 auf 3,3 Produktionsmonate zurück. Die Auftragslage verschlechtert sich also eher etwas.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe

| | Insgesamt | | Grundstoffe und Produktionsgüter | | Investitions-güter | | Verbrauchs-güter | |
|-------|-----------|-------|----------------------------------|--------|--------------------|-------|------------------|--------|
| | (1) | (2) | (1) | (2) | (1) | (2) | (1) | (2) |
| Nov. | + 9,2 | + 3,2 | + 12,5 | + 2,5 | + 8,3 | + 4,9 | + 6,8 | + 0,0 |
| Dez. | + 4,7 | - 1,3 | + 12,8 | + 2,4 | + 0,1 | - 3,2 | + 7,6 | + 0,8 |
| Jan. | + 14,9 | + 7,6 | + 19,0 | + 7,0 | + 8,0 | + 7,1 | + 18,9 | + 10,7 |
| Febr. | + 16,0 | + 8,4 | + 27,4 | + 14,3 | + 7,8 | + 5,0 | + 19,5 | + 11,0 |
| März | + 9,3 | + 2,3 | + 11,2 | + 0,6 | + 8,2 | + 3,8 | + 9,5 | + 1,8 |

(1) Zu jeweiligen Preisen; (2) Preisbereinigt
1 Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr
2 Vorläufige Zahlen
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, Ifd.)

Die Auftragsentwicklung stützt sich sowohl auf Auslands- wie auf Inlandsbestellungen, ausgeprägte Differenzen zwischen den beiden Bereichen sind nicht festzustellen. Der – saisonbereinigt – starke Rückgang der Auslandsaufträge im März scheint nur eine Reaktion auf den starken Anstieg im Februar gewesen zu sein: Wahrscheinlich spielen hier buchungstechnische Verzerrungen eine Rolle.

Auftragseingänge nach Herkunft¹

| Inland | Verarbeitendes Gewerbe insges. | Grundstoffe und Produktionsgüter | Investitions-güter | Verbrauchs-güter |
|--------|--------------------------------|----------------------------------|--------------------|------------------|
| Nov. | + 8,2 | + 11,4 | + 8,3 | + 6,5 |
| Dez. | + 4,2 | + 10,5 | + 0,1 | + 7,0 |
| Jan. | + 13,3 | + 19,3 | + 11,4 | + 18,2 |
| Febr. | + 14,3 | + 23,5 | + 9,5 | + 18,5 |
| März | + 8,3 | + 10,8 | + 6,6 | + 8,8 |

| Ausland | Verarbeitendes Gewerbe insges. | Grundstoffe und Produktionsgüter | Investitions-güter | Verbrauchs-güter |
|---------|--------------------------------|----------------------------------|--------------------|------------------|
| Nov. | + 10,5 | + 14,9 | + 9,0 | + 7,8 |
| Dez. | + 5,6 | + 17,6 | + 0,4 | + 11,7 |
| Jan. | + 18,6 | + 18,5 | + 18,0 | + 23,4 |
| Febr. | + 20,3 | + 35,5 | + 12,9 | + 25,1 |
| März | + 11,6 | + 11,8 | + 11,2 | + 13,3 |

1 Zu jeweiligen Preisen, in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht 4/80)

Die Auftrags- und Produktionsstatistiken deuten beide bis jetzt auf ein Anhalten der vergleichsweise günstigen Konjunkturlage in den nächsten Monaten hin, ohne daß aber neue Expansionsimpulse festgestellt werden könnten.

1.2 Geld- und Kapitalmarkt

Schon im letzten Jahr deuteten verschiedene Anzeichen auf eine Verlangsamung in der Entwicklung der Nachfrage nach Krediten hin. Wie aus der Tabelle „Konsolidierte Bilanz des Bankensystems“ hervorgeht, hat sich dieser Tendenzumschwung auf dem Kreditmarkt verstärkt. War er bis zum dritten Vierteljahr 1979 nur auf den Bereich „öffentliche Haushalte“ begrenzt, so hat er sich später auch auf den Sektor „Unternehmen und Private“ ausgedehnt.

Konsolidierte Bilanz des Bankensystems

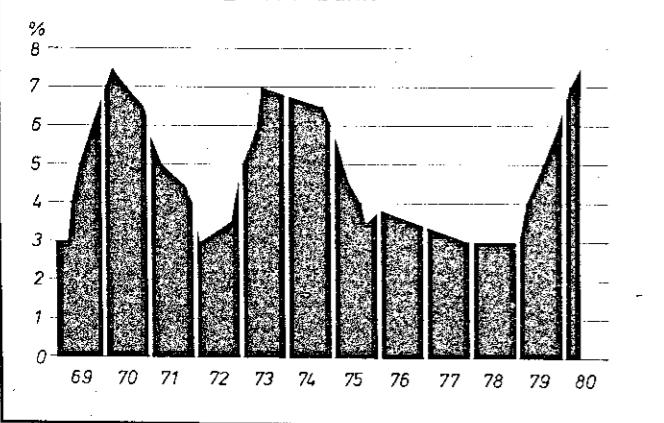
| | 1978 | 1979 | 1980 ¹ | 1978 | 1979 | 1980 ¹ |
|--|---------------|--------|-------------------|--------------------------------------|--------|-------------------|
| | Dezember | | | März | | |
| | Milliarden DM | | | Veränderungen gegenüber Vorjahr in % | | |
| Kredite an inländische Nichtbanken | 1212,0 | 1351,2 | 1360,6 | 11,5 | 11,5 | 10,6 |
| - Unternehmen und Private | 926,7 | 1039,5 | 1048,4 | 10,5 | 12,2 | 11,4 |
| - Öffentliche Haushalte | 285,3 | 311,7 | 312,2 | 15,1 | 9,3 | 8,9 |
| Netto-Auslandsforderungen | 130,2 | 105,1 | 104,6 | - 1,1 | - 19,3 | - 17,6 |
| Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten ² | 685,6 | 76 | | | | |

von Zertifikaten von 163 Millionen DM verzeichnet, während sie im Vorjahr noch einen Zufluss von 613 Millionen DM aufwiesen (im 1. Quartal dieses Jahres hat die Rückgabe 285 Millionen betragen).

Die bürgerlichen Kommentatoren führen diese Entwicklung der Aktienbörse auf die steigenden Renditen am Rentenmarkt zurück, die wiederum ein Resultat der restriktiven Politik der Bundesbank sind. Obwohl „knappes Geld Gift für die Aktienkurse ist“, beharren sie auf der Notwendigkeit der Beibehaltung des derzeitigen Kurses der Notenbank. So schreibt etwa „DIE ZEIT“: „Da auf längere Sicht das Defizit der Leistungsbilanz ohnedies nur beseitigt werden kann, wenn wir mehr exportieren und unsere Einfuhren drosseln, ist eine vorübergehende Politik hoher Zinsen auch aus diesem Grunde angebracht; sie führt zu einer Verlangsamung der inländischen Nachfrage. Das zwingt viele Unternehmen dazu, Produkte, für die sie zu Hause keinen Käufer finden, zusätzlich zu exportieren. „Was wir brauchen“, doziert der für die Bonner Währungs- und Kreditpolitik zuständige Finanzstaatssekretär Manfred Lahnstein, „ist eine starke Mark.“ Diesem Ziel dient in der Tat auch die derzeitige schmerzliche Politik der Bundesbank – ein Glück, daß die deutsche Wirtschaft gesund genug ist, diese Schmerzen zu ertragen.“ (**Böse Miene zum guten Spiel**, in „DIE ZEIT“, Nr. 17, vom 18. April 1980.)

Daß die Bundesbank diesen – vor allem für die Arbeitsplätze „schmerzlichen“ – Kurs auch bei sich abschwächender Konjunktur und wieder ansteigender Arbeitslosigkeit zunächst beizubehalten gedacht, machte sie Anfang Mai deutlich, als sie – entgegen der internationalen Tendenz – den Diskontsatz nochmals um ein halbes Prozent auf 7,5 Prozent heraufsetzte. Sie erreichte damit ein Niveau, das bisher in der Geschichte der Bundesrepublik nur einmal für kurze Zeit, nämlich mitten im Boom im Jahre 1970, realisiert worden war. Ziel dieser restriktiven Wirtschaftspolitik ist nicht in erster Linie die Stabilisierung der Preise, wie es seit dreißig Jahren immer wieder vorgegaukelt wird, sondern die nachhaltige Dämpfung der inländischen Nachfrage und die Forcierung der Warenausfuhr, die die DM und damit die wirtschaftliche und politische Position des deutschen Imperialismus stärkt.

Diskontsatz der Deutschen Bundesbank



Der Sekundärmarkt für festverzinsliche Wertpapiere ist „verstimmt“: die Rentenkurse fallen fast ununterbrochen seit April 1978; die Börsenumsätze sind von fast 38 Milliarden DM 1978 auf 30 Milliarden 1979 zurückgegangen. Das Unbehagen am Anleihemarkt zeigt sich auch an der Entwicklung des Mittelaufkommens bei den Kapitalanlagegesellschaften: 1979 hat der Verkauf von Zertifikaten der Rentenfonds nur 2,2 Milliarden DM erbracht gegenüber 5,2 Milliarden im Vorjahr; im ersten Quartal des laufenden Jahres ist es sogar zu einer Nettorückgabe der Zertifikate um fast 600 Millionen DM gekommen.

Die Zinssätze zeigen seit etwa zwei Jahren eine Aufwärtstendenz. Besonders ausgeprägt ist diese Entwicklung bei den Renditen der öffentlichen Anleihen: seit April 1978 sind die Renditen von 5,2 Prozent auf 9,4 Prozent im März dieses Jahres gestiegen.

Erst in den letzten Wochen scheint sich hier eine Tendenzzumkehr vollzogen zu haben, die zu einer gewissen Stabilisierung der Renditen geführt hat.

Zinsen, Rendite und Kurse am Kredit- und Kapitalmarkt

| Zeit | Kontokorrent-kredite ¹ | Renditen von Anleihen der öffentl. Hand | Index der Aktienkurse ² |
|--------|-----------------------------------|---|------------------------------------|
| | In % | 29. 12. 1972 = 100 | |
| 1978 | | | |
| 1. Vj. | 6,24 | 5,4 | 106,5 |
| 2. Vj. | 6,11 | 5,4 | 105,3 |
| 3. Vj. | 6,13 | 6,0 | 110,7 |
| 4. Vj. | 6,17 | 6,2 | 113,0 |
| 1979 | | | |
| 1. Vj. | 6,25 | 6,7 | 111,3 |
| 2. Vj. | 7,00 | 7,5 | 105,1 |
| 3. Vj. | 8,10 | 7,6 | 104,5 |
| 4. Vj. | 9,14 | 7,9 | 101,0 |
| 1980 | | | |
| 1. Vj. | 10,04 | 8,7 | 99,7 |

1 Auf Kredite von 1 bis 5 Millionen DM

2 Statistisches Bundesamt

(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, Ifd.)

1.3 Investitionen

Die private Investitionstätigkeit stellt gegenwärtig die wichtigste Stütze der Konjunktur dar. Dies dürfte auch noch für die nähere Zukunft zutreffen, obwohl es darüber widersprüchliche Aussagen gibt. So ermittelte das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung in einer Umfrage bei großen Industriefirmen eine 1980 nur leicht verminderte „Investitionsneigung“. Demnach werden die industriellen Investitionen 1980 noch um real 7 bis 8 Prozent zunehmen. Dem widerspricht allerdings die Einschätzung der Mietfinanz GmbH, einer großen Finanzierungsgesellschaft: dort wird im weiteren Verlauf des Jahres 1980 sogar mit einer Stagnation der industriellen Investitionstätigkeit gerechnet.

Diese gegensätzlichen Aussagen zeigen, auf wie unsicheren Füßen die amtlichen Prognosen der Wirtschaftsentwicklung stehen. Es kann angenommen werden, daß eine stabile Entwicklung der Investitionstätigkeit zunächst die sich ankündigende Konjunkturabschwächung in gewissen Grenzen halten würde. Kommt es jedoch auch bei den Investitionen zu einem Einbruch, so müßte eine regelrechte Krise erwartet werden. Trotz der in den beiden letzten Jahren belebten Investitionstätigkeit liegt das Niveau der Akkumulation von Sachkapital immer noch wesentlich niedriger als in den sechziger Jahren. Dies wird sich auch in den nächsten Jahren nicht entscheidend ändern. Die Investitionsquote, d.h. der Anteil der industriellen Investitionen am Industrieumsatz, hat zwar gegenüber dem Tiefpunkt der Jahre 1976 und 1977 wieder etwas zugenommen, liegt aber weit unter dem Durchschnitt der Jahre vor der Krise 1974/75.

Investitionsquote der Industrie¹

| 1965–70 | 1970–74 | 1975–79 | 1980–84 ² |
|---------|---------|---------|----------------------|
| 5,5 | 5,5 | 4,0 | 4,2 |

1 Bruttoanlageinvestitionen in % des Umsatzes

2 Schätzung des Ifo-Instituts

(Quelle: Ifo-Schneldienst, 9/1980)

Die Entwicklung der Kapazitätsauslastung als wichtigster kurzfristiger Orientierungspunkt der Investitionstätigkeit deutet eher auf eine bevorstehende Verlangsamung der Investitionen hin: Im März waren die industriellen Anlagen demnach zu 85,9 Prozent ausgelastet, ebenso hoch wie im Dezember 1979. Dies ist immer noch etwas weniger als der durchschnittliche Auslastungsgrad der Jahre 1960 bis 1973, der vom Ifo-Institut als „normal“ bezeichnet wird. Selbst im konjunkturellen Höhepunkt wird also gegenwärtig ein früher als durchschnittlich angesiehter Auslastungsgrad nur knapp erreicht – ein charakteristisches Merkmal der in den siebziger Jahren grundlegend veränderten Wachstumsperspektiven des Kapitalismus.

1.4 Die Krise in den USA

Die USA spielen wirtschaftlich gesehen in den letzten Jahren eine gewisse Sonderrolle. Nach der Krise 1974/75 konnten sie einen ver-

gleichsweise kräftigen, ununterbrochenen Aufschwung registrieren, der zwar ihre sozialen Probleme auch vorübergehend nicht löste, aber immerhin ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum gewährleistete.

Industrieproduktion der USA¹

| 1974 | 1975 | 1976 | 1977 | 1978 | 1979 |
|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| 109,7 | 100,0 | 110,8 | 117,3 | 124,0 | 129,2 |

1 Index 1975 = 100

(Quelle: OECD, Main economic indicators, Ifd.)

Während die USA 1979 die Produktion von 1975 immerhin um fast 30 Prozent übertrafen, konnte z.B. die Bundesrepublik nur einen Zuwachs von knapp 19 Prozent verbuchen.

Die Arbeitslosigkeit konnte zwar nicht beseitigt werden, immerhin war ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen.

Arbeitslosigkeit in den USA¹

| 1974 | 1975 | 1976 | 1977 | 1978 | 1979 |
|------|------|------|------|------|------|
| 5076 | 7830 | 7288 | 6856 | 6047 | 5963 |

1 In 1000 Personen

(Quelle: ebenda)

Die registrierte Arbeitslosigkeit sank immerhin um fast 2 Millionen unter den Krisenstand, die Arbeitslosenquote ging von 8,5 Prozent 1975 auf 5,8 Prozent 1979 zurück.

Auch die Preisentwicklung verlangsamte sich zunächst, ein Prozeß, der allerdings schon 1977 beendet war. Den Löhnen gelang es in der Aufschwungsperiode nur zeitweilig, mit den Preisen Schritt zu halten. Zwischen 1975 und 1979 stiegen die Preise um 35 Prozent, die Stundenlöhne um 39 Prozent.

Löhne und Preise in den USA¹

| 1975 | 1976 | 1977 | 1978 | 1979 |
|-----------------------|------|------|------|-------|
| Konsumtentpreise +9,1 | +5,8 | +6,5 | +7,6 | +11,4 |
| Stundenlöhne +9,2 | +7,7 | +9,1 | +8,5 | + 8,6 |

1 Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

(Quelle: ebenda)

Berücksichtigt man, daß die bezahlte Arbeitszeit in der Tendenz leicht rückläufig ist, so ergibt sich für die gesamte Periode eine Stagnation der realen pro-Kopf-Einkommen der Arbeiter und Angestellten.

Dagegen erhöhten sich die Unternehmergevinne sprunghaft. Vom Krisentiefpunkt 1975 aus bis 1979 stiegen die „Gesellschaftsgewinne nach Steuern“, wie sie in der amerikanischen Statistik erhoben werden, um 105 Prozent, also um mehr als das Doppelte. Es handelte sich also um einen ausgesprochenen Boom der Gewinne, der auch mit einer deutlichen Steigerung der Produktion verbunden war, von Anfang an aber den Keim der Disproportionalität zwischen Produktion und Konsumtion in sich trug: Er ging an den Löhnen und Gehältern und damit an der Massenkaufkraft fast völlig vorbei. Gestützt wurde der private Verbrauch lediglich durch die in den USA sehr hohe Konsumtionsverschuldung. Die Neuverschuldung der Konsumenten verdoppelte sich von monatlich etwa 13 Milliarden Dollar im Jahre 1975 auf 26 Milliarden Dollar 1979.

Trotzdem expandierte die Konsumgüterproduktion zwischen 1975 und 1979 nur um etwa 21 Prozent, also deutlich unterdurchschnittlich. Vor allem in den Jahren 1977 bis 1979 war kaum noch eine Zunahme zu verzeichnen.

Zwar ging die Belebung 1975/76 zunächst von einer verstärkten Konsumnachfrage aus – hier scheinen Nachholeffekte eine Rolle gespielt zu haben – die relative Länge des Aufschwungs basierte aber ganz entscheidend auf der Investitionstätigkeit, während der private Konsum fast stagnierte. Erst Anfang 1979 kam es zu einer Wende: Seit dem ersten Vierteljahr 1979 nimmt die Industrieproduktion nicht mehr zu. Allerdings erfolgte im weiteren Jahresverlauf von 1979 nicht der erwartete Rückschlag. Die Produktion stagnierte auf dem Niveau vom

Jahresanfang, die Kapazitätsauslastung ging nur leicht zurück. Auch die Arbeitslosigkeit hielt sich zunächst noch auf dem bis Anfang 1979 erreichten Niveau.

Erst in den letzten Monaten brach die Krise in den USA voll aus. Die industrielle Produktion geht von Monat zu Monat zurück und liegt inzwischen deutlich unter dem Vorjahresstand. Die industrielle Kapazitätsauslastung sank im April 1980 auf 81 Prozent und lag damit um mehr als vier Prozent unter dem Vorjahresstand und um drei Prozent unter dem Wert vom Jahresbeginn.

Industrieproduktion der USA 1980

| Index 1975 = 100 | Veränderung in % gegenüber Vorjahr |
|------------------|------------------------------------|
| Januar | 129,6 |
| Februar | +0,8 |
| März | 128,4 |
| April | -1,2 |
| | -1,6 |

(Quelle, ebenda; Presseberichte; eigene Berechnungen)

Während sich die Preisentwicklung weiter beschleunigt – die Konsumgüterpreise übersteigen den Vorjahresstand gegenwärtig um mehr als 14 Prozent – bleiben die Stundenlöhne weit dahinter zurück. Sie liegen gegenwärtig um etwa 7 Prozent über dem Vorjahresstand. Der Rückgang der realen Pro-Kopf-Einkommen ist aber in Wirklichkeit noch stärker als 7 Prozent, da auch die Zahl der Arbeitsstunden je Beschäftigten sinkt.

Der schon 1979 zu verzeichnende Rückgang der Reallöhne wirkt sich nun vor allem im Konsumgüterbereich aus. Bemerkenswert ist, daß die Unternehmen in den USA 1979 eine besonders kräftige Erhöhung der Nettogewinne zu verzeichnen hatten: nach 16 Prozent 1978 stiegen sie 1979 um 19 Prozent. Dies ist zu einem erheblichen Teil auf den Gewinnboom der Erdölkonzerne zurückzuführen.

Infolgedessen geht vor allem die Nachfrage nach Verbrauchsgütern zurück. Die Hauptkrisenbranchen sind die Automobilindustrie und der Wohnungsbau. Die Automobilproduktion lag schon im März um 25 Prozent unter dem Vorjahresstand und sinkt weiter. Der Wohnungsbau befindet sich inzwischen auf einem so niedrigen Niveau, daß ein weiterer Rückgang kaum noch möglich erscheint.

Aber auch andere Konsumgüterbereiche haben schon seit Monaten rückläufige Produktionsziffern zu verzeichnen.

in den USA, wurden fast unerschwinglich. Aber auch die Investitionsnachfrage wurde dadurch beeinträchtigt. Seit einigen Wochen gehen die Zinsen nun wieder rasch zurück, eine Folge der rückläufigen Kreditnachfrage.

Die direkten Auswirkungen der Krise in den USA auf die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik sind zunächst relativ gering zu veranschlagen: Nur knapp 7 Prozent der westdeutschen Exporte gehen in die USA. Bedeutsamer sind die indirekten Auswirkungen auf die gesamte kapitalistische Weltwirtschaft.

Mit fast 40 Prozent der kapitalistischen Industrieproduktion stellen die USA noch immer einen entscheidenden Faktor der Weltwirtschaft dar. Und mit einem Anteil von 14 Prozent am Welthandel beeinflussen sie die wirtschaftliche Entwicklung in allen anderen kapitalistischen Ländern, vor allem in stark exportorientierten. Die sich vertiefende Krise in den USA dürfte daher früher oder später die gesamte Weltwirtschaft, zumindest ihren kapitalistischen Teil, negativ beeinflussen. Verschärft werden die Gefahren durch die mit der Krise verstärkte Diskussion über protektionistische Maßnahmen in den USA. Durch Importbeschränkungen bei Stahl, bei Chemiefasern, bei Pkw suchen die USA ihre Krisenbranchen vor der Importkonkurrenz aus Westeuropa und Japan zu schützen. Dies führt zu einer zusätzlichen Beschränkung des Welthandels und zu einer weltweiten Verengung der Absatzmärkte.

Inzwischen neigen zahlreiche bürgerliche Konjunkturexperten in den USA zu der Ansicht, daß die bevorstehende Krise tiefer sein könnte als die von 1974/75. Solche Prognosen sind bis jetzt im wesentlichen spekulativ, aber nicht mehr gänzlich unwahrscheinlich. In einem solchen Falle muß auch für Westeuropa und die Bundesrepublik mit einer ungünstigeren Entwicklung gerechnet werden als bisher.

1.5 Außenwirtschaft

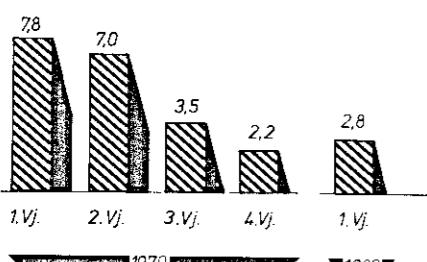
Bisher hat sich der westdeutsche Außenhandel trotz der zunehmenden Krisenerscheinungen in einigen großen kapitalistischen Industrieländern (vor allem in den USA und Großbritannien) weiterhin gut entwickelt. Vor allem im März 1980 wurde ein günstiges Ergebnis verzeichnet: Der Exportüberschuß stieg wieder auf 2 Mrd. DM.

Außenhandel der BRD

| | Exporte in Mrd. DM | % ¹ | Importe in Mrd. DM | % ¹ | Saldo in Mrd. DM | % ¹ |
|-----------|-----------------------|----------------|-----------------------|----------------|---------------------|----------------|
| 1. Vj. 79 | 74,4 | +10,5 | 66,5 | +13,5 | + 7,8 | -10,3 |
| 2. Vj. 79 | 78,6 | + 9,2 | 71,6 | +15,8 | + 7,0 | -31,4 |
| 3. Vj. 79 | 76,4 | +12,0 | 72,9 | +24,4 | + 3,5 | -63,2 |
| 4. Vj. 79 | 85,2 | +10,5 | 83,0 | +27,9 | + 2,2 | -82,0 |
| 1. Vj. 80 | 88,9 | +19,5 | 86,1 | +29,5 | + 2,8 | -64,1 |

¹ In % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Außenhandel der BRD Exportüberschuß in Mrd. DM



Trotzdem wurde auch im ersten Quartal 1980 wieder ein Defizit in der Leistungsbilanz verzeichnet, eine Folge der Defizite in den Bilanzen der Dienstleistungen und Übertragungen. Die staatliche Wirtschaftspolitik konzentriert ihre Bemühungen darauf, durch eine weitere Förde-

lung der Exporte und eine Dämpfung der Inlandskonjunktur dieses Defizit so bald wie möglich wieder zu beseitigen. Vor allem die restriktive Wirtschaftspolitik soll dazu beitragen, die Inflationsrate auf einem international niedrigen Niveau zu halten. Dabei wird in Kauf genommen, daß eine solche Politik eine inländische Rezession möglicherweise verschärft.

Der Bekämpfung des Defizits in der Leistungsbilanz wird auch deshalb ein so hoher Stellenwert eingeräumt, weil es langfristig eine gewisse Gefährdung der Strategie der internationalen Expansion der bundesdeutschen Konzerne darstellen könnte. Ein dauerhafter Abfluß von Devisen aus der Bundesrepublik würde einen Abwertungsdruck auf die DM ausüben und damit Direktinvestitionen im Ausland verteuren.

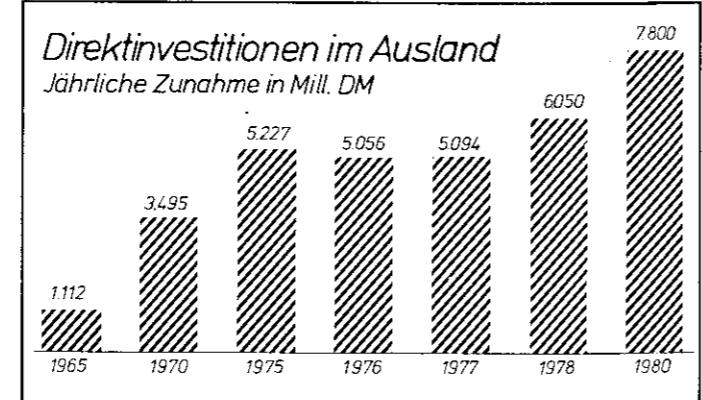
Auch würden langfristig die Mittel knapper werden, die für den Kapitalexport benötigt werden. Denn aus den Überschüssen in der Handels- und Leistungsbilanz stammen die internationalen Zahlungsmittel, die dem Erwerb von ausländischen Produktionsanlagen und Beteiligungen dienen.

Die Bedeutung des Kapitalexports in Form von Direktinvestitionen hat auch 1979 zugenommen. Mit 7,8 Mrd. DM erreichten sie einen neuen Rekord und übersteigen die umgekehrten ausländischen Investitionen in der Bundesrepublik in Höhe von 1,9 Mrd. DM um ein Vielfaches. Davon floß fast die Hälfte in die USA.

Direktinvestitionen im Ausland¹

| | Jährliche Zunahme | Bestand |
|------|-------------------|---------|
| 1965 | 1 112 | 8317 |
| 1970 | 3 495 | 21 113 |
| 1971 | 2 668 | 23 781 |
| 1972 | 2 816 | 26 597 |
| 1973 | 5 638 | 32 235 |
| 1974 | 4 530 | 36 765 |
| 1975 | 5 227 | 41 992 |
| 1976 | 5 056 | 47 048 |
| 1977 | 5 094 | 52 142 |
| 1978 | 6 050 | 58 100 |
| 1979 | 7 800 | 66 000 |

¹ In Millionen DM
(Quelle: Ifo-Schnelldienst 20/78, S. 9; Bundeswirtschaftsministerium It. Pressemitteilungen)



Bei der Konzentration der Kapitalexporte auf die USA dürfte die Abwertung des Dollar eine große Rolle spielen, die das westdeutsche Engagement in der Vergangenheit erheblich verbilligt hat. Daher reagierte die Bundesbank so heftig, als zu Anfang des Jahres der Dollar sprunghaft im Wert stieg: Sie hob die Zinsen an, um einen Abfluß von Geldern in die USA und eine weitere Aufwertung des Dollar zu verhindern.

2 Unternehmertypen

Der 1978 und 1979 zu verzeichnende Gewinnboom hat sich nach ersten Schätzungen in der letzten Zeit etwas abgeschwächt. Trotzdem wachsen die Unternehmertypen noch immer schneller als die Löhne und Gehälter. Erst im zweiten Halbjahr 1980 soll – nach vorliegenden Prognosen – ein annähernder Gleichlauf erreicht werden.

Einkommensverteilung¹

| | 1978 | 1979 | 1. Hj. 1980 ² | 2. Hj. 1980 ² |
|---|-------|-------|--------------------------|--------------------------|
| Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen | | | | |
| Brutto | + 9,4 | + 9,3 | + 5,0 | + 6,0 |
| Netto | +13,0 | +10,9 | + 7,0 | + 6,0 |
| Löhne und Gehälter | | | | |
| Brutto | + 6,4 | + 7,4 | + 8,0 | + 6,5 |
| Netto | + 7,5 | + 7,7 | + 6,5 | + 6,0 |

¹ Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

² Prognose des „Frühjahrsgutachtens“ der Wirtschaftsforschungsinstitute
(Quelle: DIW-Wochenbericht 17-18/80)

Es wurde schon mehrfach darauf hingewiesen, daß die Kategorie „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ die Entwicklung der eigentlichen Unternehmertypen nur sehr verzerrt widerstellt. Die etwas aussagekräftigeren Gewinnabschlüsse der Unternehmen liegen aber immer erst mit einer erheblichen zeitlichen Verzögerung vor, so daß die aktuelle Gewinnsituation nur schwer zu ermitteln ist. Die bis jetzt vorliegenden Jahresabschlüsse großer Konzerne machen aber zumindest deutlich, daß die Konzerne in den vergangenen Jahren große finanzielle Polster ansammeln konnten.

Konzerngewinne¹

| | 1978 | 1979 | Veränderung in % |
|------------|------|------|------------------|
| Bayer AG | 306 | 378 | +23,5 |
| BASF | 271 | 404 | +46,1 |
| Hoechst AG | 264 | 344 | +30,3 |
| BMW | 151 | 175 | +15,9 |
| SEL AG | 24,5 | 25,2 | + 3 |
| Thyssen AG | 100 | 167 | +67 |
| Babcock AG | 35,5 | 40,9 | +15,2 |

¹ Jahresüberschuß bzw. Gewinn nach Steuern, in Mill. DM

(Quelle: Geschäftsberichte)

Diese mehr oder weniger zufällige Auswahl muß als typisch für die Gewinnentwicklung der meisten großen Konzerne gelten. Besonders günstig scheint aktuell noch die Situation in der Großchemie zu sein: Im ersten Quartal 1980 meldete Hoechst einen nochmaligen Gewinnzuwachs um 63 Prozent, Bayer um 35 Prozent und BASF um 29 Prozent. Dies ist um so bemerkenswerter, als gerade die chemische Industrie sich als Opfer der Rohölvertreuerung hinzustellen versucht hatte: Sie konnte die erhöhten Rohstoffkosten tatsächlich vollständig über eigene Preiserhöhungen abwälzen.

Die Gewinnexplosion der Ölkonzerne ist auch im ersten Quartal 1980 weitergegangen. Die 19 US-amerikanischen Ölkonzerne konnten ihre ausgewiesenen Profite um 93 Prozent gegenüber der vergleichbaren Vorjahreszeit erhöhen. Die Spitzengesellschaft Exxon (Esso) verdoppelte den Ertrag auf nunmehr fast 2 Mrd. Dollar. So ergibt sich für die USA auch im ersten Quartal 1980 das Bild weiterhin kräftig zunehmender Unternehmertypen, obwohl die Krise sich inzwischen weiter ausgebreitet hat: Dies ist allein auf die steigenden Profite der Ölkonzerne zurückzuführen; klammert man diese aus, so ergibt sich seit Jahresbeginn ein leichter Gewinnrückgang. Die Ölkonzerne praktizieren damit ein Musterbeispiel für monopolistische Profitratendifferenzierung. Sie eignen sich über höhere Preise nicht nur einen Teil der Massenkraft an, sondern setzen auch die Unternehmen anderer Branchen kostenmäßig unter Druck und beschleunigen damit den Weg in die Krise.

In den Statistiken der ausgewiesenen Gewinne tauchen insbesondere die Bezüge von Vorstandsmitgliedern der Konzerne nicht auf: Sie fallen unter die Kategorie „Personalkosten“, werden statistisch also wie Löhne und Gehälter behandelt, obwohl es sich eindeutig um Gewinnbestandteile handelt. Es geht dabei um gesamtwirtschaftlich gesehen relativ kleine Summen, allerdings ist es immerhin informativ, sich ab und zu die Einkommenssituation derjenigen Konzernvertreter vor Augen zu halten, die in ihren Äußerungen die Maßlosigkeit der Gewerkschaften bei Lohnforderungen zu beklagen pflegen. In einer jährlichen Statistik informiert die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ über die Vorstands- und Aufsichtsratsbezüge – gedacht wohl als Vergleichsmaßstab für „Aufsteiger“ im Management. Bei 660 untersuchten Aktiengesellschaften wurden demnach 1978 etwa 650 Millionen an die 2400

Vorstandsmitglieder ausgezahlt. Ehemalige Vorstandsmitglieder erhielten 260 Millionen DM in Form von „Pensionen“, schließlich bekamen etwa 6300 Aufsichtsratsmitglieder zusammen gut 100 Millionen. Diese „Elite“ der Wirtschaft erhielt also gut eine Milliarde DM an Zuwendungen für den persönlichen Bedarf. Daraus werden Durchschnittsbezüge errechnet, wobei vorauszuschicken ist, daß es hier zahlreiche Doppelzählungen gibt. Denn in der Regel pflegt ein Aufsichtsratsmandat nicht allein zu kommen!

Vorstands- und Aufsichtsratsbezüge pro Kopf¹

| | 1968 | 1978 | Veränderung in % |
|-------------------------|---------|---------|------------------|
| Vorstandsmitglieder | 157 900 | 266 800 | + 69 |
| Aufsichtsratsmitglieder | 14 500 | 14 300 | - 1 |

¹ In DM
(Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 17. 4. 80)

Die Stagnation der Aufsichtsratsbezüge hat verschiedene Ursachen – man wollte wohl auch der in den 60er Jahren geführten Diskussion über gesetzliche Beschränkungen der Tantiemen zuvorkommen. Ein anderer Grund ist die Koppelung der Aufsichtsratstantiemen an die Dividende: Die großen Konzerne bemühen sich in der Tendenz, die Dividendenzahlungen im Vergleich zu den einbehaltenen Gewinnen relativ zu beschränken. Infolgedessen bleiben auch die Aufsichtsratsbezüge relativ zurück.

Anzumerken bleibt, daß diese Tantiemen ohnehin nur ein kleines Zubrot für die Manager und Konzernvertreter sind und nur mit geringen Arbeitsaufwendungen verbunden sind.

Die Durchschnittszahlen insbesondere der Vorstandsbezüge sagen noch relativ wenig über die wirklichen Verhältnisse aus. Es gibt hier eine ganz klare Hierarchie der Branchen und Größenklassen.

Vorstandsbezüge nach Umsatzgrößen 1978

| Jahresumsatz | Vorstandsbezüge pro Kopf in DM |
| --- | --- |

<tbl_r cells="2" ix="3" maxcspan="1" maxrspan="1" usedcols

3 Lage der Arbeiterklasse

3.1 Löhne und Gehälter

Die bisher bekanntgewordenen Tarifabschlüsse des Jahres 1980 beinhalten durchschnittliche Lohn- und Gehaltserhöhungen von 6,5 bis 7 Prozent. Dies sind zwar etwa 2 Prozent mehr als im Vorjahr, allerdings ist die veränderte Gesamtsituation in Rechnung zu stellen: Die Lebenshaltungskosten stiegen im ersten Vierteljahr 1979 um etwa 3 Prozent gegenüber dem Vorjahr, gegenwärtig liegt die Inflationsrate aber über 5,5 Prozent. Außerdem waren im vergangenen Jahr noch Entlastungsmaßnahmen bei den Lohnsteuern wirksam, ein Effekt, der in diesem Jahr entfällt. Vollzieht sich die Entwicklung im laufenden Jahr entsprechend den Prognosen der fünf großen Wirtschaftsforschungsinstitute, so wird es zu einer Stagnation der realen Arbeitseinkommen kommen: Nominalen Lohnerhöhungen um 5,5 Prozent je Beschäftigten wird eine Preissteigerungsrate von ebenfalls 5,5 Prozent gegenüberstehen.

Im ersten Vierteljahr 1980 wirkten sich die Tariferhöhungen in der Statistik erst teilweise aus.

Tariflöhne und -gehälter¹

| 1978 | 1979 | Jan. | Febr. | März |
|------|------|------|-------|------|
| +5,6 | +4,8 | +4,2 | +5,2 | +6,3 |

¹ Auf Monatsbasis, in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Die durchschnittlichen Einkommen je Beschäftigten sind nach Schätzung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschungen (DIW) im ersten Vierteljahr 1980 brutto um etwa 6,5 Prozent gestiegen, d.h. netto um weniger als 6 Prozent. Infolgedessen haben sich die Arbeitseinkommen real – bei einer Inflationsrate von 5,5 Prozent – nur noch geringfügig erhöht. Günstig wirkt sich dabei noch die relativ hohe Lohndrift aus, d.h., die Effektivlöhne steigen noch deutlich rascher als die Tariflöhne.

Lohndrift¹

| | 1. VJ. | 2. VJ. | 1979 | 3. VJ. | 4. VJ. |
|---------------|--------|--------|------|--------|--------|
| Tariflöhne | +6,0 | +5,8 | +5,1 | +5,1 | |
| Effektivlöhne | +5,2 | +5,9 | +6,6 | +8,4 | |
| Lohndrift | -0,8 | +0,1 | +1,5 | +3,3 | |

¹ Wochenlöhne der Arbeiter, Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: DIW-Wochenbericht 16/1980)

Die besonders hohe Lohndrift im 4. Vierteljahr 1979 ist nur optisch: Infolge der günstigen Witterung im Winter war die Zahl der Arbeitstage in der Bauwirtschaft besonders hoch, so daß der Anstieg der Effektivlöhne besonders stark erscheint.

Die Lohndrift wird sich voraussichtlich erst im weiteren Jahresverlauf verringern, wenn es zu einer Einschränkung der Überstunden und einer Ausweitung der Kurzarbeit kommen sollte.

Durchschnittliche Bruttoverdienste 1979

| | Männer In DM | Frauen In % ¹ | In DM | Frauen In % ¹ |
|-----------------------------|-----------------|-----------------------------|-------|-----------------------------|
| Stundenlöhne ² | 13,25 | +5,8 | 9,62 | +5,4 |
| Wochenlöhne ² | 562 | +6,4 | 390 | +5,8 |
| Monatsgehälter ³ | 3181 | +6,5 | 2050 | +6,4 |

¹ In % gegenüber dem Vorjahr
² Arbeiter in der Industrie
³ Angestellte in Industrie, Handel und Kreditgewerbe
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 3/1980, S. 208)

Die durchschnittlichen Verdienste der Arbeiter und Angestellten sind 1979 – wohl vor allem infolge der Lohndrift – etwas stärker gestiegen als 1978. Dabei sind die Frauenlöhne und -gehälter etwas langsamer gestiegen als die der Männer, die Differenzen zu den Männerlöhnen

und -gehältern sind also gewachsen. Dies betrifft auch die Stundenlöhne, hängt also nicht nur mit der bei Frauen durchschnittlich etwas kürzeren Arbeitszeit zusammen. Es ist anzunehmen, daß die Ausweitung der Frauenbeschäftigung vor allem in den unqualifizierten Berufen erfolgt, so daß die durchschnittlichen Stundenlöhne infolgedessen in ihrem Anstieg gebremst werden.

Die krasse Unterschiede zwischen Männer- und Frauenverdiensten werden oft mit der unterschiedlichen Qualifikation begründet, wobei schon dieser „Grund“ ein Licht auf die unterschiedliche Verteilung von Lebenschancen zwischen Mann und Frau wirft.

Doch eine Betrachtung der einzelnen „Leistungsgruppen“ zeigt, daß auch bei ähnlichen Qualifikationen noch ein erheblicher Unterschied bleibt, der auch nicht mit Zuschlägen für Schwerstarbeit, Nachtzuschlägen usw. erklärt werden kann, die fast ausschließlich Männer erhalten.

Männer- und Frauenlöhne nach Leistungsgruppen¹

| | Besetzung in Prozent Männer | Stundenlöhne in DM Männer | Stundenlöhne in DM Frauen |
|---------------|--------------------------------|------------------------------|------------------------------|
| Facharbeiter | 56,4 | 14,02 | 10,52 |
| Angelernte | 32,5 | 12,57 | 9,74 |
| Hilfsarbeiter | 11,1 | 11,27 | 9,39 |

¹ Arbeiter in der Industrie
(Quelle: ebenda)

Es ist also nicht nur so, daß fast die Hälfte der Frauen in der Industrie als Hilfsarbeiter eingestuft sind, während das bei den Männern nur auf 11,1 Prozent zutrifft. Auch die Einkommensdifferenzen innerhalb der gleichen „Leistungsgruppen“ bleiben immer noch riesig. Auffallend die Tatsache, daß der Unterschied zwischen dem Stundenverdienst eines männlichen Facharbeiters und eines männlichen Hilfsarbeiters fast 3 Mark beträgt, während er sich bei den entsprechenden weiblichen Leistungsgruppen nur auf wenig mehr als 1 DM beläuft: Die Ausübung eines qualifizierten Berufs „rentiert“ sich finanziell für eine Frau also kaum.

Dies gilt in abgemildertem Umfang auch für die Angestelltenberufe. Auch hier ist die Verteilung in den vier statistisch erfaßten Leistungsgruppen sehr unterschiedlich.

Männer- und Frauengehälter nach Leistungsgruppen¹

| | Besetzung in Prozent Männer | Monatsgehälter in DM Männer | Monatsgehälter in DM Frauen |
|-----|--------------------------------|--------------------------------|--------------------------------|
| II | 37,2 | 3884 | 3043 |
| III | 47,5 | 2958 | 2337 |
| IV | 13,6 | 2220 | 1754 |
| V | 1,8 | 1903 | 1539 |

¹ Angestellte in Industrie und Handel
(Quelle: ebenda)

Auch bei den Angestellten sind also etwa 85 Prozent der Männer in den „hohen“ Leistungsgruppen II und III eingestuft, während nur 45 Prozent der Frauen dieses Ziel erreicht haben. Innerhalb der gleichen Leistungsgruppen verdienen die Frauen nochmals im Durchschnitt um gut 20 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Auch hier das Phänomen, daß ein beruflicher „Aufstieg“ sich für eine Frau weniger „lohnt“ als für einen Mann: Ein Aufstieg von Gruppe V in Gruppe II erhöht das Einkommen einer weiblichen Angestellten durchschnittlich um 1500 DM, eine entsprechende Entwicklung beim Mann bringt diesen fast 2000 DM mehr im Monat.

Ganz allgemein kann gesagt werden, daß die weibliche Berufstätigkeit geringer bewertet wird, was sich auch in den Durchschnittseinkommen ausdrückt. Dies stellt sich sicher nur in relativ seltenen Fällen so dar, daß eine Frau für genau die gleiche Tätigkeit weniger Lohn bekommt als ihr männlicher Kollege: Das Hauptproblem ist die Unterbewertung von typischen „Frauenberufen“ im Vergleich zu entsprechenden „Männerberufen“. Als Ergebnis der Verdienststatistik kann auf jeden Fall hervorgehoben werden: Die großen Unterschiede zwischen den Einkommen von Männern und Frauen können weder durch die unterschiedliche Arbeitszeit noch durch die unterschiedliche Qualifikation erklärt werden. Auch bei gleichen „Leistungsstufen“ und bei gleicher Stundenzahl wird in „Frauenberufen“ ganz erheblich weniger verdient als in „Männerberufen“.

3.2 Steuern

Die steuerlichen Maßnahmen der vergangenen Jahre haben vor allem zu einer Verschiebung zwischen Massensteuern (Lohnsteuer und Umsatzsteuern) und Gewinnsteuern (veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftsteuer) geführt.

Im ersten Vierteljahr 1980 spiegelt sich dies deutlich wider.

Steuern im 1. Quartal 1980

| | Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr |
|----------------------------|--|
| Lohnsteuer | + 11,2 |
| Umsatzsteuern | + 17,9 |
| Veranlagte Einkommensteuer | - 3,6 |
| Körperschaftsteuer | + 0,7 |

(Quelle: Ifo-Schneldienst, 14/1980)

Vor allem die Lohnsteuer wird sich 1980 wieder kräftig erhöhen und damit die Entlastungseffekte der letzten Jahre wieder zunehmen machen. Der Charakter dieser Maßnahmen wird nun deutlich: Die Tarifveränderungen bei den Lohnsteuern führen immer nur zeitweilig zu einer Entlastung, die zum Ausgleich dafür erhöhte Umsatzsteuern – insbesondere die Mehrwertsteuer – stellen aber eine dauerhaft erhöhte Belastung dar.

Alle „Reformen“ seit 1975 haben nicht verhindert, daß die Belastung der Löhne und Gehälter durch die Lohnsteuer weiterhin gestiegen ist.

Die Progressionswirkung des Systems wurde dadurch lediglich abgebremst, nicht aber beseitigt oder wenigstens auf ein entscheidend niedrigeres Niveau gesenkt.

Lohnsteuer und Sozialabgaben¹

| | Öffentliche Abgaben insgesamt Durchschnitts-Grenzbelastung | Darunter: Lohnsteuer Durchschnitts-Grenzbelastung |
|---------|---|--|
| 1960–65 | 17,53 | 7,56 |
| 1966–70 | 20,84 | 9,65 |
| 1971–75 | 26,59 | 13,72 |
| 1976–80 | 29,94 | 15,49 |
| 1979 | 29,48 | 15,00 |
| 1980 | 30,46 | 15,90 |

¹ Belastung in Prozent
(Quelle: Ifo-Schneldienst, 14/1980)

Wenn 1980 mehr als 30 Prozent der Bruttolöhne und -gehälter in Form von öffentlichen Abgaben an den Staat abgeführt werden müssen, so ist dies wesentlich der steigenden Lohnsteuerbelastung, in geringerem Umfang den Sozialabgaben zu verdanken. Die Maßnahmen der letzten Jahre haben lediglich dazu geführt, das Tempo des Belastungsanstiegs etwas zu bremsen.

Die Kategorie „Grenzbelastung“ ist insofern interessant, als sie die Progressionswirkung der öffentlichen Abgaben besonders deutlich macht: Sie gibt an, wie hoch die Belastung der jährlichen Lohnerhöhung ist. Eine Grenzbelastung von 43,49 Prozent besagt also, daß bei einer Lohnerhöhung um 100 DM die abzuführenden Abgaben um 43,49 DM ansteigen oder: Von jeder zusätzlich verdienten Mark gehen mehr als 43 Pfennig an den Staat.

Neben der Umverteilung der Steuerlast auf die „Massensteuern“ vollzieht sich eine Umverteilung zwischen „direkten“ und „indirekten“ Steuern. Direkte Steuern werden auf das Einkommen – Löhne, Gehälter und Gewinne – gelegt, indirekte Steuern auf den Verbrauch. Dadurch wird der „Steuerwiderstand“ verringert, d.h., es wird davon ausgegangen, daß eine auf dem Lohnstreifen nachzulesende Steuer größeren Unmut auslöst, als wenn sie „unmerklich“ im Preis der Konsumgüter versteckt ist.

Allerdings ist anzumerken, daß von der Umverteilung der Steuerlast zugunsten der „indirekten“ Steuern überwiegend die Gewinnsteuern profitieren.

Steueraufkommen nach Steuerarten¹

| | 1950 | 1960 | 1970 | 1975 | 1980 |
|--------------------------------|-------|-------|-------|-------|-------|
| Direkte Steuern darunter: | 26,03 | 37,11 | 42,60 | 47,70 | 49,24 |
| Lohnsteuer | 8,37 | 11,78 | 22,78 | 29,39 | 29,77 |
| Indirekte Steuern darunter: | 51,44 | 46,42 | 46,43 | 41,25 | 41,24 |
| Umsatzsteuern | 22,52 | 23,52 | 24,76 | 22,35 | 25,65 |
| Gemeinde- steuern ² | 22,52 | 16,47 | 10,96 | 11,04 | 9,52 |

¹ Anteile in %
² Vor allem Gewerbe- und Grundsteuern, einschließlich Lastenausgleich<br

Ausgewählte Preisindizes

| | Industrie- preise ¹⁾ (1) | Landwirtschafts- preise ¹⁾ (1) | Import- preise ¹⁾ (1) | Großhandels- preise ¹⁾ (1) | | | | |
|-------|---|---|--|---|------|-------|-------|-------|
| | (2) | (2) | (2) | (2) | | | | |
| 1979 | - | +5,0 | - | +2,0 | - | +12,9 | + 6,9 | |
| 1980 | | | | | | | | |
| Jan. | +1,5 | +7,9 | -0,3 | +5,2 | +5,9 | +24,3 | +1,9 | +11,0 |
| Febr. | +0,8 | +8,0 | -0,1 | +4,3 | +1,5 | +26,6 | +1,2 | +11,0 |
| März | +0,7 | +7,8 | 0,0 | +3,6 | +1,1 | +24,1 | +0,5 | + 9,3 |
| April | +0,9 | +8,2 | - | - | - | - | +0,3 | + 8,8 |

(1) In Prozent gegenüber dem Vorjahr

(2) In Prozent gegenüber dem Vorjahr

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Ifd.; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

3.4 Kämpfe der Arbeiterklasse

Niedriger noch als in der Metallindustrie schlossen Ende März 1980 die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes einen Tarifvertrag ab, der 6,3 Prozent mehr Lohn und Vergütung vorsieht. Vom 25. bis zum 28. März hatten noch Zehntausende Beschäftigte an Warnstreiks, Demonstrationen und Kundgebungen teilgenommen, die vor allem gegen die Weigerung der öffentlichen Arbeitgeber gerichtet waren, einer sozialen Komponente, d.h. einem Mindestbetrag zuzustimmen. In der Großen Tarifkommission der ÖTV stimmte ein Drittel der Mitglieder gegen den Abschluß, da insbesondere die soziale Komponente sehr gering ausfielen war (vgl. Tabelle).

Zu einer Mobilisierung und teilweise auch Warnstreiks kam es in folgenden Bereichen:

Ausgewählte Tarifabschlüsse

| Monat | Bereich | Beschäftigte | Lohntarif | Manteltarif |
|-------|-----------------------------------|--------------|--|---|
| Febr. | Stahlindustrie | 210 000 | 6,8 % | |
| Febr. | Papierverarbeitung | 108 000 | 6,8 %, Anhebung unterer Lohngruppen | |
| März | Öffentlicher Dienst | 2,5 Mio. | 6,3 %, mind. 110 DM. Erhöhung der vermögenswirksamen Leistungen um 13 DM | 1 bis 2 Tage mehr Urlaub |
| März | Versicherungen | 200 000 | 6,8 % | |
| März | Banken | 300 000 | 6,8 %, Haushaltzzulage von 25 DM | Mindesturlaub: 28 Tage 1 Tag mehr Urlaub, Erhöhung der Freischichten und Schichtzzulagen |
| März | Bauindustrie | 915 000 | ca. 6,6 %, bes. Anhebung für Facharbeiter | |
| März | Druckindustrie | 127 000 | 6,8 %, Verbesserung des Tarifschlüssels für untere Lohngruppen | |
| April | Holzverarbeitende Industrie | - | 7,2 %, zusätzl. Anhebung der unteren Lohngruppen | |
| April | Steinkohlenbergbau | 182 000 | 7,15 % | Sonderzuschlag für Untertagebeschäftigte |
| April | Einzelhandel NRW | 360 000 | 6,9 %, bes. Anhebung für untere Gehaltsguppen | |
| April | Einzelhandel Hessen | 124 000 | 7,0 % | |
| Mai | Textilindustrie Baden-Württemberg | 312 000 | 6,9 % | Erhöhung des Urlaubsgeldes, Jahressonderzahlungen, Leistungszulagen für Zeitlöhner |

3.5 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Die Beschäftigungssituation in der Bundesrepublik hat sich bis zuletzt verbessert, die Erwerbstätigkeit nimmt immer noch etwas zu. Im ersten Quartal 1980 waren etwa 300 000 Lohnabhängige mehr beschäftigt als in der gleichen Vorjahreszeit.

Dies ist zu einem erheblichen Teil auf den Beschäftigungsanstieg im öffentlichen Dienst zurückzuführen, wo die Beschäftigungspolitik – wohl auch teilweise unter dem Druck der Gewerkschaften – wieder etwas expansiver gewesen ist als unmittelbar nach der letzten Krise.

In der Hamburger Heizungsbranche fand am 24. März eine Urabstimmung statt, bei der sich 89,1 Prozent der Teilnehmer gegen das Unternehmerangebot aussprachen. Daraufhin stimmten die Unternehmer einem Abschluß zu, der eine Erhöhung von 7,45 Prozent auf den Ecklohn, eine Anhebung der unteren Lohngruppen und einen Urlaubsstufenplan mit dem Ziel 30 Tage für alle bis 1984 vorsieht.

Mit bundesweiten Warnstreiks reagierte die IG Metall, um einen seit drei Jahren verhandelten Bundesmontageturifvertrag für Montagearbeiter durchzusetzen. An den Aktionen am 14. und 15. April beteiligten sich auf über 700 Montagestellen ca. 4500 Arbeiter. Am 30. April kam es zu einer Einigung.

Am 21. April fand der erste Streik in der Nachkriegsgeschichte im größten hessischen Warenhaus „Hertie“ in Frankfurt statt. An ihm nahmen ca. 1000 Beschäftigte während 4 Stunden teil. Ein Tag später kam es zum Abschluß eines Tarifvertrages.

In der Textilindustrie Baden-Württembergs streikten am 5. Mai 3800 Beschäftigte in 22 Betrieben für die gewerkschaftlichen Lohnforderungen.

Insgesamt liegen die Lohn- und Gehaltserhöhungen im letzten Quartal zwischen 6,5 und 7 Prozent. Die in dieser Tarifrunde verbreitete Forderung nach einer sozialen Komponente konnte nur in geringem Ausmaß verwirklicht werden.

Die Tarifverhandlungen in der chemischen Industrie waren beim Abschluß dieses Berichts noch nicht beendet, auch hier stellte der Widerstand der Unternehmer gegen Forderungsbestandteile, die auf eine Verringerung von Lohn- und Gehaltsdifferenzen hinauslaufen, das entscheidende Hemmnis dar.

Allerdings entfällt ein erheblicher Teil der Beschäftigungszunahme in den letzten Jahren auf die Teilzeitarbeit: Die Personalausweitung zwischen 1974 und 1979 um insgesamt etwa 250 000 Personen besteht zu etwa 100 000 aus einer Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung.

Dies gilt auch für die Gesamtwirtschaft, so daß der vergleichsweise kräfte Anstieg der Erwerbstätigkeit tatsächlich weniger stark ist, als die Beschäftigtenzahlen es ausweisen.

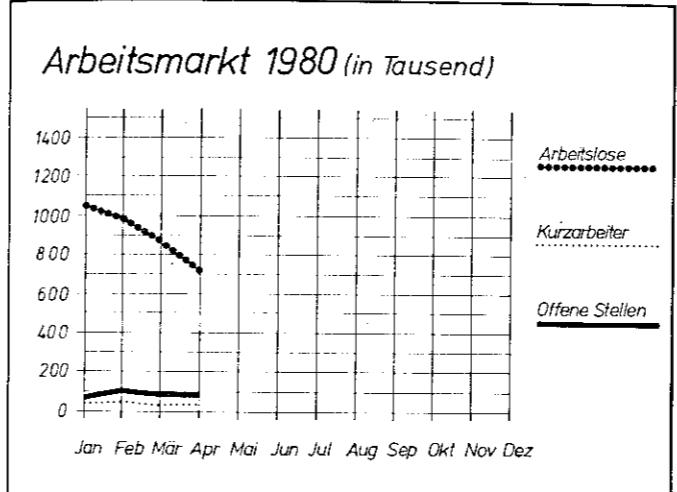
Der anhaltende Anstieg der Beschäftigung reicht gegenwärtig aber nicht mehr aus, um die hohen Arbeitslosenzahlen zu reduzieren. Sieht man von den saisonal bedingten Verbesserungstendenzen am Arbeitsmarkt ab, so deuten die Anzeichen vielmehr schon jetzt auf einen erneuten Anstieg der Arbeitslosenzahlen hin.

Arbeitsmarkt 1980

| | Arbeitslose (1) | Kurzarbeiter (1) | Offene Stellen (1) | Offene Stellen (2) | | |
|-------|--------------------|---------------------|-----------------------|-----------------------|-----|-----|
| | (2) | (2) | (2) | (2) | | |
| Jan. | 1037 | -135 | 98 | -37 | 282 | +44 |
| Febr. | 993 | -141 | 102 | -65 | 313 | +46 |
| März | 876 | - 82 | 94 | -76 | 337 | +35 |
| April | 825 | - 50 | 93 | -29 | 346 | +33 |

(1) In 1000 Personen; (2) Veränderung in 1000 gegenüber dem Vorjahr

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)



Die saisonbereinigten Arbeitslosenzahlen nehmen seit dem Jahreswechsel 1979/80 wieder zu. Nur der vergleichsweise milde Winter hat bisher die Tatsache verdeckt, daß die Bedingungen am Arbeitsmarkt sich schon seit mehreren Monaten verschlechtert.

Dies herauszustellen ist auch deshalb wichtig, weil die staatliche Wirtschaftspolitik bis jetzt die Arbeitslosigkeit bestenfalls als Frage einiger „Problemgruppen“ behandelt und die Tatsache ignoriert, daß es noch immer einen großen globalen Mangel an Arbeitsplätzen gibt. Die Tatsache, daß die registrierten Arbeitslosenzahlen – saisonbereinigt – schon jetzt wieder zunehmen, obwohl die Konjunkturlage noch günstig ist, unterstreicht die Notwendigkeit eines raschen wirtschaftspolitischen Kurswechsels: Der Schwerpunkt ist auf expansive Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur und zur Belebung des Arbeitsmarktes zu legen. Damit wird weder die Arbeitslosigkeit beseitigt noch wird eine Konjunkturabschwächung vermieden werden können. Immerhin aber kann verhindert werden, daß die staatliche Wirtschaftspolitik den Weg in die Krise beschleunigt und verlängert, die Probleme des Arbeitsmarktes vergrößert und die auf die Arbeiterklasse abgewälzten Krisenlasten vergrößert.

Unterstrichen werden die wachsenden Gefahren für die Arbeitsplätze durch zwei Gutachten. Unabhängig voneinander kamen unlängst das Basler „Prognos-Institut“ und das Münchener „Ifo-Institut“ für Wirtschaftsforschung zu dem Ergebnis, daß die Arbeitslosenzahlen bis 1985 auf mindestens 1,7 Millionen steigen werden. Leider können hier keine Einzelheiten dieser Untersuchungen vorgestellt werden, da das Bundeskabinett vorerst die Veröffentlichung dieser Untersuchungen abgelehnt hat.

Obwohl solche Prognosen immer ein erhebliches spekulatives Moment beinhalten, lehrt doch ein Blick auf die westeuropäischen Nachbarländer, daß solche Zahlen keineswegs unwahrscheinlich sind. So erreichten die Arbeitslosenziffern z.B. in Großbritannien mit gut 1,5 Millionen einen Rekordstand seit 1945 – obwohl die Krise auch dort erst bevorsteht. Ähnlich ist die Lage in Italien und in Frankreich, wo die Konjunktur sogar noch vergleichsweise günstig ist. Trotzdem nehmen die Arbeitslosenziffern schon jetzt zu.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSf), Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main

Verfasser: Dr. Jörg Goldberg und Klaus Pickhaus, 6000 Frankfurt am Main
Der Abschnitt 1.2 wurde von Elvio Dal Bosco verfaßt.

Abschlußtermin dieses Berichts: 22.5.1980. Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH, Glauburgstraße 66, Postfach 18 03 72, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementpreis von 30,- DM einschließlich Zustellgebühr enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 2,50 DM, Jahresabonnement 10,- DM einschließlich Zustellgebühr.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.

Beschäftigte im öffentlichen Dienst¹⁾

| | Vollbeschäftigte | Teilzeitbeschäftigte | Insgesamt |
|------|------------------|----------------------|-----------|
| 1974 | 3648 | 490 | 4138 |
| 1975 | 3686 | 515 | 4201 |
| 1976 | 3683 | 533 | 4216 |
| 1977 | 3672 | 538 | 4210 |
| 1978 | 3728 | 559 | 4287 |
| 1979 | 3802 | 591 | 4393 |

¹⁾ Jeweils am 30. 6. des Jahres, in 1000 Personen
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 4/80, S. 243)

Soziale Bewegungen

Analyse und Dokumentation des IMSF

Arbeitskampf an neuen Fronten

**Zu den Aktionen und Streiks
im Bereich der
GTB, HBV, GEW und RFFU 1979**

IMSF

8